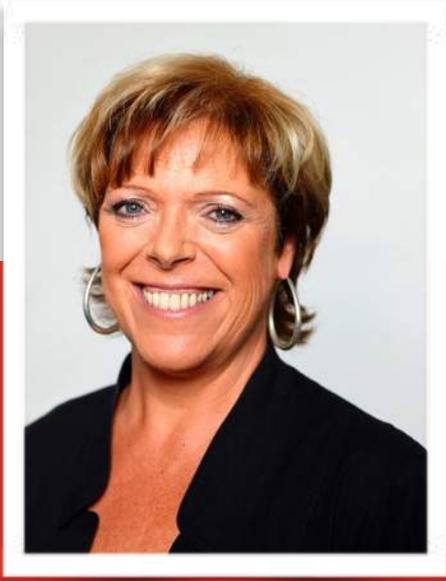


NEWSLETTER

AUSGABE 10/2019





LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

in diesen Tagen werden wir im Landtag den letzten Doppelhaushalt dieser Legislaturperiode verabschieden. Neben der ohnehin sehr guten Finanzlage des Landes kamen in den letzten Wochen weitere zwei Milliarden Euro durch Strafzahlungen der Automobilbranche und durch deutlich höhere Steuereinnahmen hinzu. Das Ringen um die Euros in den einzelnen Ministerien war spürbar. Trotzdem bleibt unsere Kritik bestehen: es ist und bleibt eine kommunalfeindliche Regierung. Bereits zum zweiten Mal scheiterten die Verhandlungen in der Gemeinsamen Finanzkommission (GFK) von Land und Kommunen – das gab es noch nie. Hier wird deutlich, was diese Landesregierung mit der grünen Finanzministerin Sitzmann von der kommunalen Selbstverwaltung hält – nämlich nichts. Hier ein paar Beispiele von den Auswirkungen:

- Die Drittelfinanzierung der **Schulsozialarbeit** (auf Druck der SPD 2011 beschlossen) wird faktisch gedeckelt. Wir fordern weiterhin, dass ein Drittel der Personalkosten pro Stelle finanziert wird.
- Die Umsetzung des **Bundesteilhabegesetz** für Menschen mit Behinderung führt zu erheblichen Mehrausgaben für die Städte und Landkreise als Träger der Eingliederungshilfe. Die kommunalen Spitzenverbände rechnen mit Ausgaben von rund 71 Millionen Euro pro Jahr - im Haushaltsentwurf des Landes finden sich jedoch nur 15 Millionen Euro pro Jahr. Nach Protesten der kommunalen Spitzenverbände gab es ein sogenanntes „finales Angebot“ von Finanzministerin Sitzmann. Die kommunalen Vertreter reagierten mit Empörung über die Art und Weise wie man mit ihren Interessen umgeht. Bis Redaktionsschluss dieses Newsletters lag noch keine Einigung vor.
- Bei der **Schulbausanierung** ist das Land nicht bereit, originäre Landesmittel zur Verfügung zu stellen. Die kommunale Seite fordert hier 100 Mio. jährlich. Meine Fraktion hat hierzu bereits im letzten Haushalt im Rahmen eines kommunalen Investitionspaketes 500 Mio. gefordert. Das Land zieht sich hier aus der Verantwortung.

Dies sind nur wenige Beispiele. Nutzt dies auch in euren kommunalen Mandaten um aufzuzeigen, was grünschwarze Finanzpolitik für die Kommunen bedeutet. Ich hoffe, wie immer, dieser Newsletter findet euer Interesse. Gerne könnt ihr immer zu den Themen zusätzliche Informationen bekommen.

Eure

PFLEGESTÜTZPUNKT

PFLEGEBERATUNG VOR ORT



Pflegepolitik ist ein Thema, welches immer mehr an Bedeutung gewinnt. Nicht zuletzt hat der gemeinsame Antrag, erstellt durch den Landesvorstand, meine Fraktion und unsere Bundestagsfraktion, auf dem Heidenheimer Parteitag sehr guten Widerhall in der Fachwelt gefunden.

Das Land ist verantwortlich für die Pflegeinfrastruktur, allerdings passiert hier leider nichts. Auch im aktuellen Haushaltsentwurf der Landesregierung ist so gut wie nichts an Mitteln eingestellt. Vor Ort ist der Ausbau der Pflegestützpunkte sehr wichtig. Auch der Landkreis Emmendingen hat einen Pflegestützpunkt und macht mittlerweile auch Beratungen in anderen Kommunen des Landkreises. Bei meinem Gespräch im Pflegestützpunkt informierte ich mich über die Arbeit und Herausforderungen in diesem Bereich. Die Mitarbeiter wünschen sich mehr Informationen, um den Stützpunkt bekannt zu machen. Oftmals kommen Betroffene und Angehörige erst, wenn die Not am größten ist und die Überlastung schon an ihre Grenzen stößt.

Mehr Flexibilität bei den Pflegediensten, Angebote der 24 Stunden Pflege, mehr Kurzzeit- und Tagespflege und mehr Präventionsangebote sind wünschenswert. Genau diese Bereiche stehen auch in unserem Papier und ich werde dazu auch im kommenden Doppelhaushalt Anträge einstellen. Grundsätzlich waren wir uns auch in einem anderen Punkt einig: es braucht mehr Ansehen der Pflege überhaupt. Am Image muss gearbeitet werden, dies ist auch die Voraussetzung, dass mehr junge Menschen diesen Beruf ergreifen.

BESUCH IM HAUS ELIJAH

HILFE BEI OBDACHLOSIGKEIT



Die Wärmestube für wohnungslose Menschen im Landkreis Emmendingen hat neue Räumlichkeiten und ist jetzt nicht nur barrierefrei sondern hat nun auch getrennte Eingänge für Tagesstätte und Wohngruppe. Ich habe die neuen Räumlichkeiten besucht und mich über die aktuelle Situation im Bereich Obdachlosigkeit erkundigt.

Alfons Woestmann, Einrichtungsleiter, berichtete über den immer grösser werdenden bürokratischen Aufwand der Fachberatungsstelle. Nicht nur für ihn und die Mitarbeiter sondern auch für die betroffenen Menschen wird der Umgang mit Behörden immer komplizierter. Es gab aber auch Positives zu berichten. Es gibt eine gute Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und dem Landratsamt – das erleichtert vieles. Ins Haus Elijah kommen nicht nur wohnungslose Menschen, auch von Wohnungslosigkeit bedrohte Männer und Frauen suchen Hilfe und Zuwendung. Alfons Woestmann ist hier ein Kontakt auf Augenhöhe sehr wichtig, der respektvolle Umgang miteinander prägt das Klima im Haus. Mit Sorge musste ich hören, dass immer mehr junge Menschen, 20- bis 30-jährige, obdachlos sind. Sie fallen entweder aus der Jugendhilfe raus oder kommen aus besonders schwierigen familiären Situationen.

Auf dem letzten Landesparteitag in Heidenheim war Obdachlosigkeit auch ein Thema, daraus resultiert ein aktuell von uns jetzt in den Doppelhaushalt eingebrachter Antrag auf Mittelerhöhung für die Kommunen, um die bestehenden Einrichtungen zu modernisieren und auszubauen.

SCHLUTENLÖSUNG

POLDER WYHL/WEISWEIL

Das Thema „Schlutenlösung“ oder „ökologische Flutungen“ ist ein Politikum in den Gemeinden Sasbach, Wyhl, Weisweil und Rheinhausen. Schon seit Monaten bin ich im engen Austausch mit den betroffenen Gemeinden und den Bürgermeistern. Zudem habe ich an den Landesumweltminister geschrieben und auch persönliche Gespräche mit ihm geführt – bisher erfolglos. Zur Erklärung: das Land will im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms (IRP) für den Rheinpolder Wyhl/Weisweil im Planfeststellungsverfahren ausschließlich die sogenannten „ökologischen Flutungen“ aufnehmen. Diese Lösung wird von den vier Gemeinden abgelehnt und gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Polder Wyhl/Weisweil so nitt“ wollen sie gleichberechtigt die bereits vorhandenen Schluten nutzen, um potentielle Umweltschäden durch die ökologischen Flutungen zu verhindern. Die geplanten 19 Tage Vollflutung zuzüglich 57 Tage Wasser im Gebiet werden nach Auffassung der Gemeinden und der Bürgerinitiative zu großen Schäden an Fauna und Flora führen.

Man ist nicht generell gegen die „ökologischen Flutungen“, möchte aber im Rahmen eines Monitoring erst einmal die vorhandenen Schluten nutzen, um zu prüfen, ob diese nicht tatsächlich ausreichen. Dafür reichen Lippenbekenntnisse des grünen Minister Franz Untersteller und von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer nicht aus - Rechtssicherheit sei hier notwendig. Deshalb gab es Anfang November eine große Demo mit über 1000 Teilnehmer*innen. Auch ich war vor Ort und habe in meiner Rede die volle Unterstützung für die Anliegen der Gemeinden bekräftigt. Kurz nach der Demo wurde in der Presse behauptet, man habe sich mit dem RP geeinigt. Die Badische Zeitung schrieb gar von einer „Kehrwende“. Dies ist mitnichten der Fall. Tatsächlich gab es eine Klarstellung des Regierungspräsidiums Freiburg zur Gleichwertigkeit der „Schlutenlösung“ gegenüber den „ökologischen Flutungen“. Dies ist keine „Kehrwende“, sondern bestätigt nur die Forderung der Raumschaft. Umso befremdlicher ist die Pressemitteilung des grünen Landtagsabgeordneten Alexander Schoch. Dieser hat sich bislang sehr inaktiv gezeigt und sich vorbehaltlos auf die Seite des Umweltministeriums gestellt. Auch bei der Demo war er nicht anwesend. Als Reaktion auf die Pressemitteilung zur angeblichen „Kehrwende“ hat er prompt eine eigene Mitteilung an die Medien versandt, in der er sich den angeblichen Erfolg dieser vermeintlichen Einigung zu eigen macht. Tatsache ist jedoch: es gab keine Einigung oder Kehrwende, sondern die Forderung der Bürgerinitiative und der Gemeinden werden endlich von der Regierungspräsidenten anerkannt. Dies ist das Ergebnis vieler Gespräche zwischen Bürgermeistern und Regierungspräsidium und sicher auch dem zunehmenden öffentlichen Druck durch die Bürgerschaft geschuldet. Es hat definitiv nichts mit „grünem Engagement“ oder gar persönlichem Einsatz von Schoch zu tun. Zudem kommt hinzu, dass die Grünen im Kreistag und somit auch der grüne MdL und Kreisrat sich gegen die Interessen der Rheingemeinden gestellt haben und klar auf die durch Umweltminister Untersteller auf Gedeih und Verderb durchzusetzenden „ökologischen Flutungen“ setzen.

FRAUENAKTIONSTAG

SPIELREGELN DER KOMMUNIKATION



Auf Einladung der Chancengleichheitsbeauftragten waren über 500 Frauen aus den Ministerien und dem Landesrechnungshof bei einem Fachtag im Haus der Wirtschaft eingeladen. Neben Fachvorträgen gab es auch eine Talkrunde mit den gleichstellungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen. Wir diskutierten über die noch immer vorhandene gläserne Decke und dass das novellierte Chancengleichheitsgesetz vom März 2016 (an dem ich aktiv mitgewirkt habe) immer noch nicht seine Wirkung entfaltet hat.

Besonders gefreut hat mich, dass die Moderatorin deutlich zum Ausdruck gebracht hat, dass ich als einzige Abgeordnete mich regelmäßig mit parlamentarischen Initiativen mit der Thematik Gleichstellung und Frauenförderung beschäftige und damit die Problematik immer im Gespräch halte. In meiner letzten parlamentarischen Initiative habe ich mich zu den Karrierechancen von Frauen in der Landesverwaltung erkundigt, die Antwort der Ministerien ergab, dass es hier noch deutlich Luft nach oben gibt. Eine Übersicht aller meiner parlamentarischen Initiativen findet ihr auf meiner Homepage unter www.sabine-wölfle.de/initiativen/

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT & WIRTSCHAFT



Der grenzüberschreitende Verkehr am südlichen Oberrhein braucht einfachere und unbürokratischere Regelungen. Auch der Landkreis Emmendingen hat eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Elsass und die jüngste Umfrage der IHK Südlicher Oberrhein zeigte deutlich auf, wo die Probleme lägen: 13 % der Unternehmen auf der deutschen Seite des Rheins haben ihre Aktivitäten im Elsass bereits eingestellt. Grund hierfür ist das Entsendegesetz, welches eigentlich Lohndumping und Schwarzarbeit im grenzüberschreitenden Austausch von Waren und Dienstleistungen verhindern soll, sich aber zu einem wahren Bürokratiemonster entwickelt hat.

Davon betroffen sind kleine und mittelständische Unternehmen. Im Wirtschaftsausschuss des Landtags habe ich die Landesregierung aufgefordert, hier aktiver zu werden, auch im Europaausschuss habe ich die Problemlage häufiger angesprochen. Zwar gäbe es bereits einige Lockerungen, aber das reicht absolut nicht aus. Wenn es beispielsweise zu einem Wasserrohrbruch im Elsass kommt und ein deutscher Handwerksbetrieb angefordert wird, muss der deutsche Unternehmer erst einmal französische Formulare ausfüllen, um tätig werden zu können - oftmals mit Dolmetscher. Hier könnte sich die Landesregierung dafür einsetzen, Dauergenehmigungen zu verhandeln oder die Möglichkeit zu schaffen, bei Notfällen eine nachträgliche Genehmigung einzureichen. Grundsätzlich ist die Landesregierung in Bezug auf Frankreich nicht über das hinaus, was der Aachener Vertrag bereits beinhaltet. Es gibt faktisch keine Frankreichkonzeption mit konkreten Zielen und entsprechender Finanzierung.

In der Grenzregion hier in Südbaden leben wir Europa! Das Land muss jetzt liefern: es braucht mehr Engagement, weniger Bürokratie, eine intensivere Zusammenarbeit und eine bessere finanzielle Unterstützung, um in unserer Raumschaft am Oberrhein enger zusammenwachsen zu können. Bürokratie, eine intensivere Zusammenarbeit und eine bessere finanzielle Unterstützung, um in unserer Raumschaft am Oberrhein enger zusammenwachsen zu können.

IMPRESSIONEN & EINDRÜCKE



Auf Einladung der **Unfallkasse Baden-Württemberg** war ich Gast beim Abwasserzweckverband Breisgauer Bucht in Forchheim.

Rund 140 Kilometer lang ist das Kanalnetz, in das 29 Städte und Gemeinden zwischen Kaiserstuhl und Schwarzwald ihre Abwässer einleiten. Beeindruckend!

© **Fotos: Klaus Polkowski**

